



Vorgestellt: Anke Kehnscherper



„Mir hat es die Energie genommen, immerzu gegen alles zu sein. Und so kam mir vor der Bundestagswahl die Idee, ein Fest für die Demokratie zu organisieren. Damit bin ich auf die Linken und eine Frau von den Grünen zugegangen, SPD und ESTAruppin machten auch mit“. Die das mit ein bisschen Stolz in der Stimme sagt, ist Anke Kehnscherper, Jahrgang 1965, Krankenschwester. Innerhalb von wenigen Tagen haben sie es auf die Beine gestellt. Und viele kamen und feierten gemeinsam Toleranz, Zusammenhalt und Vielfalt. Das war ein gutes Gefühl, erinnert sie. Ob das heute noch einmal gelingt?

„Leider ziehen sich immer mehr zurück, meiden den organisatorischen – auch bürokratischen – Aufwand.“

Aber Aufgeben ist nichts für die ansteckend optimistische Frau, deren Terminkalender gut gefüllt ist. „Wenn mir heute mein Chef sagen würde, dass ich abschlagsfrei in Rente gehen könnte, hätte ich genug zu tun.“ Doch da ist noch etwas anderes. „Die harten Jahre in der Pflege haben Spuren hinterlassen.“ Die Hände sind kaputt, ich bin wie viele meiner Kolleg:innen einfach durch.“ Deshalb frustrieren sie die realitätsfremden, ja menschenverachtenden, Rentenpläne der Bundesregierung. Früher hätte sie fünf Jahre früher als die Männer aufhören können zu arbeiten. Da wurde die anstrengende Care-Arbeit, die Kindererziehung neben der Berufstätigkeit, die zumeist Frauen leisten, anerkannt.

Anke Kehnscherper geht mit offenen Augen durch die Welt und bekämpft Ungerechtigkeit nicht nur mit Worten, wo sie ihr begegnet. Nachdem ihre eigenen drei Kinder aus dem Haus waren,

entschied sie sich, zwei Pflegekindern, denen es bis dahin nicht gut ging, ein liebevolles Zuhause zu bieten. Den dazu notwendigen Eignungskurs hatte sie erfolgreich absolviert. Heute ist sie stolz auf alle fünf, denn sie engagieren sich wie sie für ein bisschen mehr Gerechtigkeit. Beispielsweise die jüngste Tochter als Verlegerin für Nachwuchsautorinnen, die es schwer haben, Fuß zu fassen und sich gegen die von Männern dominierte Branche durchzusetzen, oder die älteste Tochter, die als Psychologin gegen die Kürzungsorgie der „Gesundheitsreform“ vorgeht und darum ringt, dass Kassenpatient:innen überhaupt noch therapiert werden können, der Sohn, der sich als parteiloser Stadtverordneter der Linken in Neuruppin engagiert. Und auch die Pflegekinder, von denen der jüngste noch in der Ausbildung ist, gehen ihren Weg. Links, sozial, engagiert und mutig. Und sie selbst? Seit Februar 2025 ist sie Mitglied der Linken. Als Anfang 2026 ein neuer Regionalvorstand in

Neuruppin gewählt wurde, war sie zur Stelle und kümmert sich gemeinsam mit den anderen Vorständler:innen um mehr Sichtbarkeit der Partei. Sie konzentriert sich dabei auf ihre Herzens-themen: Feminismus und Tierschutz. Sie will „patriarchale Strukturen aufbrechen“, will, dass Frauen gewalt- und angstfrei leben können und Männer endlich für die Gewalt, die sie Frauen antun, bestraft werden. Deshalb engagiert sie sich bei den „Frauen für Frauen“.

Und dann ist da noch der Tierschutz. Schon als Kind brachte sie zum Leidwesen ihrer Eltern verletzte Katzen oder Vögel mit nach Hause und kümmerte sich um sie. Diese Liebe zu den Tieren blieb. Ob es damals in Falkensee die Igel waren oder heute Hund und Katze zu Hause oder jetzt als Mitglied im Tierschutzverein – das sich kümmern, Hinsehen, Anpacken gehört einfach zu ihr. Links, sozial und gerecht.

■ ■ Gerlinde Krahnert

Im Turm ist der Wurm!

Das JugendWohnProjekt (JWP) Mittendrin benötigt für notwendige Baumaßnahmen am Gebäude des ehemaligen Bahnhofs/Hauptbahnhofs von Neuruppin dringend Hilfe, vor allem Spenden. Besonders prägend ist der Turm des Gebäudes – doch genau dieser ist inzwischen stark sanierungsbedürftig. Um das Haus langfristig zu sichern, sind dringend bauliche Maßnahmen notwendig.

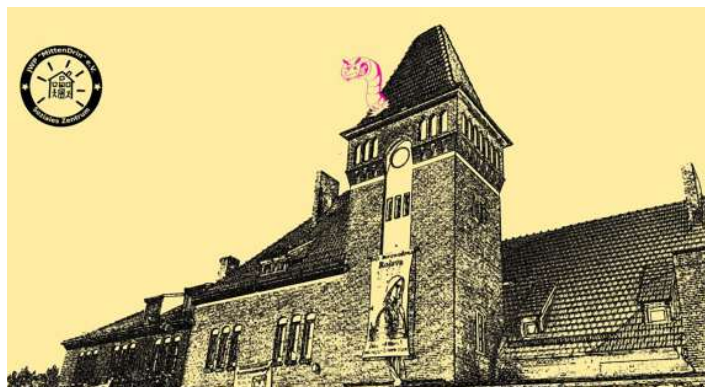
Da aktuell keine ausreichenden Fördermittel von Land oder Kommune zur Verfügung stehen, ist das JWP auf Unterstützung angewiesen.

Jeder Beitrag zählt!

Mehr darüber in der nächsten Ausgabe der ML.

(Mehr Infos: <https://www.better-place.org/de/projects/174662>)

■ ■ Gerlinde Krahnert



Vorschlag: Strompreiszonen

Erst kürzlich machte Ministerpräsident Dietmar Woidke mit seiner Forderung nach Strompreiszonen in Deutschland auf sich aufmerksam. „Endlich!“, sagt Ralf Christoffers, von 2009-2014 Wirtschaftsminister in Brandenburg.

Eine Wortmeldung:

In Deutschland werden regional unterschiedliche Strompreise gezahlt. Dennoch haben CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag für die aktuelle Bundesregierung ausgeschlossen, Gerechtigkeit in Bezug auf die Strompreise herzustellen, die in verschiedenen Regionen unterschiedlich hoch ausfallen, je nachdem wo wie viel Strom erzeugt wird. Aktuell gibt es jedoch die Forderung aus Brandenburg, aber auch aus

Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik in Strompreiszonen aufzuteilen. Diese Idee ist nicht neu. So hat Die Linke in Brandenburg bereits 2013 den Vorschlag unterstützt, Strompreiszonen einzurichten, um damit Menschen und Unternehmen in den Regionen zu entlasten, wo die Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien viele Eingriffe in die Landschaft bedeuten. Die Reaktionen darauf waren damals sehr verhalten. Inzwischen findet ein derartiger Vorschlag immer mehr Anhänger. Zumindest könnte angesichts der Strompreise die volkswirtschaftliche Wirkung geprüft werden. Wenn sie einen entsprechenden Auftrag erhält, ist die Bundesnetzagentur dazu in der Lage. Hintergrund des Vorschlages ist, dass bundesweit in verschiedenen

Regionen eine unterschiedliche Menge an erzeugtem Strom anfällt. Damit gibt es zum Beispiel in Barnim und Uckermark ein Überangebot an Energie, die vor allem aus Wind- oder Solaranlagen produziert wird. Sie muss in andere Teile der Bundesrepublik transportiert werden. Dadurch entstehen Kosten durch Leitungsbau, Netzsteuerung usw. Außerdem schwankt der Anteil an Erneuerbarer Energie. Bei hoher Einspeisung kann der Strompreis sogar „negativ“ werden, das heißt für die Abnahme von Strom wird durch Händler Geld gezahlt. Würden diese Vorteile an die Abnehmer in bestimmten Stromzonen weitergegeben, könnte zum Beispiel in Brandenburg der Strompreis sinken. In anderen Zonen, in denen weniger Strom erzeugt wird, würden

die Preise steigen, um Netzausbaukosten und die Aufwendungen der Netzsteuerung auszugleichen. In Deutschland betrifft das vor allem Bayern und Baden-Württemberg. Die beiden Länder haben möglicherweise Einfluss auf den Koalitionsvertrag genommen, so dass ein entsprechendes Vorhaben verhindert wurde. EU-rechtlich ist eine Einteilung der Bundesrepublik in Stromzonen möglich. Der Vorschlag einer EU-Agentur sieht 5 Zonen vor, aber auch andere Einteilungen sind möglich. Volkswirtschaftlich könnten durch derartige Zonen mehrere 100 Millionen Euro eingespart werden. Italien und Skandinavische Länder sind diesen Weg bereits gegangen.

■ Ralf Christoffers

Gemeinsam für den Tierschutz

Neuruppiner Stadtverband der Linken engagierte sich beim Tierschutzfest in Neuruppin



Am 4. Juli 2026 fand das vom Tierschutzverein OPR organisierte Tierschutzfest in Neuruppin statt. Da ich mich bereits seit Jahren ehrenamtlich für den Tierschutz engagiere, war ich natürlich dabei, organisierte vegane Bratwürste und Tombolapreise. Gemeinsam mit Achim Behringer aus dem

Stadtverband der Linken betreute ich während des Festes den Grillstand, der guten Zulauf hatte. Am Ende des Tages konnten wir etwa 400 Euro aus dem Bratwurstverkauf sowie eine gut gefüllte Spendendose an den Tierschutzverein übergeben.

Großer Dank gilt dem gesamten Team vom REWE-Markt Neuruppin. Marktleiter André Döring und seine Kolleg:innen spendeten über 300 vegane Bratwürste und übergaben darüber hinaus eine Geldspende an den Tierschutzverein. Auch der Kreisvorstand der Linken unterstützte das Fest mit 100 Euro für Sachpreise für die Tombola.

Das Tierschutzfest hat eindrucksvoll gezeigt, was durch gemeinsames Engagement möglich ist. Deutlich wurde auch, dass der Tierschutzverein Tag für Tag unverzichtbare Arbeit zur Versorgung von Tieren leistet. Unser herzlicher Dank gilt dem Tierschutzverein OPR und allen Helfer:innen und Unterstützer:innen.



Gemeinsam konnten wir einen kleinen Beitrag für den Schutz von Tieren in der Region leisten.

■ Anke Kehnscherper

Europäisches Wertesystem



Das EU-Parlament hat die Prüfung der ESN in Auftrag gegeben. Verstöße gegen EU-Grundwerte durch die Partei „Europa der souveränen Nationen“ (ESN) werden schon länger vermutet. Am 7. Juli nun stimmte das Europaparlament mit 414 Ja-Stimmen und 224 Gegenstimmen für die Einleitung eines Prüfverfahrens.

Die ESN ist eine europäische Partei, die hauptsächlich aus rechts-

populistischen und rechtsextremen Parteien besteht. Ihr gehört unter anderem die AfD an.

Nun muss die unabhängige Behörde für europäische Parteien und politische Stiftungen prüfen, ob die ESN die Registrierungs- und Finanzierungsbedingungen erfüllt, die rechtlich festgeschrieben sind. Die Behörde selbst hatte Zweifel an der Einhaltung der EU-Werte durch die ESN-Partei angemeldet und das Euro-

parlament informiert. Die wird nun prüfen, ob die ESN zentrale Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte einhält, denn nur dann sind die Voraussetzungen gegeben, um als europäische politische Partei zugelassen zu sein. Basis dafür ist ein Beschluss des EU-Parlamentes vom Oktober 2025, der die Vorschriften in Bezug auf Transparenz, ausländische Einmischung und den Schutz europäischer Werte verschärfte.

„Angesichts des 300-seitigen Berichts der zuständigen Behörde und zahlloser Indizien, dass die ESN-Partei gegen europäische Regeln und Grundsätze verstoßen hat, kann es nur eine Konsequenz geben: Der AfD muss auf europäischer

Ebene der Geldhahn zugeordnet werden.“ kommentiert Martin Schirdewan, Vorsitzender der Linksfraktion im Europäischen Parlament. Seine Fraktion habe nach Bekanntwerden des Berichts die Initiative ergriffen, um die nötigen 180 Unterschriften von Abgeordneten zu sammeln.“

Beschlüsse zur Streichung einer Partei aus dem Register europäischer Parteien können jedoch nur in Kraft treten, wenn weder das Parlament noch der Rat innerhalb von drei Monaten Einspruch erheben.

Im Prüfverfahren geht es immer um die Partei und nicht um die gleichnamige Fraktion im Parlament.

■ ■ bc

Engagement für Verbraucherschutz und Integration

Christin Willnat unterwegs im Wahlkreis

Die Bundestagsabgeordnete und verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Christin Willnat, hat am 16. Juli ihren Wahlkreistag genutzt, um sich vor Ort über innovative Verbraucherberatung und gelungene Integrationsarbeit zu informieren. Im Fokus standen die Zukunft des mobilen Beratungsangebots der Verbraucherzentrale Brandenburg und die Unterstützung der lokalen Integrationsarbeit von Eva Migra e.V. In einer Videokonferenz mit dem Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Brandenburg, Dr. Christian A. Rumpke, informierte sich Willnat über den Erfolg des „Verbrauchermobils“. Da viele stationäre Beratungsstellen veraltet und personell kaum noch zu besetzen sind, bietet das mobile Konzept eine barrierearme, moderne Alternative direkt vor Ort. Das mit Internet, Drucker, Scanner und Klimaanlage ausgestattete Fahrzeug ermöglicht neben dem persönlichen

Gespräch auch digitale Fachberatungen per Videochat.

Das vom Bund im Rahmen des Projekts „Ländliche Räume“ geförderte Modell ist so erfolgreich, dass bereits ein zweites Fahrzeug in Brandenburg rollt und Sachsen-Anhalt das Konzept übernommen hat. Dr. Rumpke betonte jedoch, dass die drohende Kürzung von Bundesmitteln das Angebot gefährdet. Dies könnte eine Erhöhung der Beratungsgebühren nach sich ziehen, was die Hemmschwelle für Ratsuchende weiter erhöht.

Ein weiterer Termin des Wahlkreistages war der Besuch der Sommerspiele von Eva Migra e.V. Trickfilme drehen, ins Kino gehen, basteln und am Ende der Woche den Eltern stolz zeigen, was entstanden ist. Die Sommerspiele in Perleberg geben Kindern mit Migrationshintergrund eine Woche voller Kreativität, Gemeinschaft und neuer Erfahrungen. Organisiert gemeinsam mit dem Kreisjugendring und JNWB leistet der



Verein seit Jahren wertvolle Arbeit zur Integration junger Menschen in Brandenburg.

Christin Willnat unterstützt den Verein und überreichte bei ihrem Besuch einen Scheck über 1.400 €, finanziert aus den Mitteln des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V., in den die Diätenerhöhungen der Abgeordneten der Fraktion fließen. Frau Schmidt von Eva Migra e.V. sowie die Verantwortlichen vom Kreisjugendring und JNWB haben sich über

den Besuch und die Unterstützung sehr gefreut.

„Eva Migra e.V. und seine eindrucksvolle Arbeit mit jungen Menschen und Kindern zeigt, wie durch Kreativität und Gemeinschaft echte Integration gelingt“, so Willnat bei ihrem Besuch vor Ort. „Diese Arbeit stützt den so wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Region und verdient jede erdenkliche Unterstützung.“

■ ■ Christian Richter

Was ist los in Rheinsberg?

Zum 31. Juli legten Lysann Gutenmorgen (CDU) und Mario Staerck (Die Linke) ihre Mandate in der Rheinsberger Stadtverordnetenversammlung (StVV) nieder. So etwas kann vorkommen, zumeist sind es gesundheitliche oder berufliche Probleme, die zu solch einem Schritt führen. Doch in Rheinsberg liegen die Gründe tiefer.

ML fragte Mario Staerck nach seinen Motiven.

Warum wollen Sie nicht mehr Stadtverordneter sein?

Dem ist ein sehr langer Prozess vorausgegangen. Ich wollte immer im Interesse der Bürger:innen in der StVV mitarbeiten. Seit 2007, erst als sachkundiger Einwohner, später als gewählter Stadtverordneter, engagierte ich mich mit Herzblut. Doch dies wurde immer komplizierter.

Durch das polarisierende, großmannsüchtige Agieren des Bürgermeisters geriet demokratische Zusammenarbeit immer mehr ins Wanken. Er ignoriert die StVV, manipuliert die Bevölkerung, spielt mit städtischen Geldern, um seine Interessen umzusetzen und verbreitet eine gefährliche Atmosphäre in der Stadt, die getragen wird von Hetze gegen den Landrat, Investoren, Mitarbeitende, die ihm nicht passen. Persönliche Diffamierungen, die sogar existenzbedrohend sind, gehören zum Alltag. Rheinsberg hätte durch dieses Agieren beinahe die Landesmittel für den Schulcampus verloren. Dazu gehörte auch, dass es ihm gelungen ist, das Feuerwehr- gegen das Schulcampusprojekt auszuspielen. Nur dem persönlichen Engagement der Stadtverordneten Ulrike Liedke ist es zu

verdanken, dass wir den Schulcampus realisieren können. Der Bevölkerung macht er Glauben, dass dies sein Verdienst ist. Mit Sorge beobachte ich die Schadenersatzforderungen der beiden Berliner Geschäftsleute gegen die Stadt. Geht der Prozess verloren, was ich wegen des beschriebenen Verhaltens des Bürgermeisters befürchte, muss die Stadt 1,5 Millionen Euro zahlen. Geld, das an vielen Stellen fehlen wird. Ich kann das alles nicht mehr mittragen und mache den Weg frei.

Und dennoch stehen die Bürger:innen hinter dem Bürgermeister?

Sein selbstherrliches, manipulierendes Auftreten, vor allem in seinem YouTube-Kanal, verfängt. Mit Lügen, Halbwahrheiten und Intrigen manipuliert er die Menschen. Hinzu kommt,

dass er es immer wieder schafft, eine diffuse Angst zu verbreiten. Wer aufmüßig ist, wird bekämpft und sei es mit ordnungsamtlichen Maßnahmen.

Wie geht es jetzt weiter?

Mein Nachfolger als Stadtverordneter wird Freke Over sein. Er hat das Zeug, dem Bürgermeister Paroli zu bieten. Und ich werde mich natürlich weiter einmischen, als Gast an der StVV teilnehmen und das Mittel der Einwohnerfragestunde nutzen, um für mehr Transparenz zu sorgen und die Machenschaften des Bürgermeisters zu entlarven. Ich hoffe darauf, dass unsere Demokratie und unser Rechtsstaat stark genug sein werden, Herrn Schwow in seine Grenzen zu weisen.

■ ■ Es fragte Gerlinde Krahnert

Kreistag beschließt Hilfe für das Frauenhaus



Dass aufgrund einer katastrophalen Finanz- und Haushaltspolitik in Bund und Land die kommunalen Haushalte am Limit sind, darf niemals ein Grund sein, Hilfe zu verweigern, wo sie dringend ist. Und das ist bei Opfern häuslicher Gewalt definitiv der Fall. Das ist leider weder ein gesellschaftliches Randproblem noch auf bestimmte Milieus beschränkt. Nach Schätzungen erlebt jede dritte Frau in ihrem Leben physische oder psychische

Gewalt. Kinder sind oft direkt oder indirekt mitbetroffen. Das eigene Heim, das doch der sicherste Rückzugsraum im Leben sein soll, wird dann zum Ort eines jahrelang manchmal jahrzehntelangen Märtyriums. Es dauert oft sehr lange bis zur Flucht aus dieser entsetzlichen Lebenssituation. Zu den Gründen gehört die Erreichbarkeit eines sicheren Fluchtsorts. Frauenhäuser bieten solche Zuflucht, allerdings oft mit schwierigen

Bedingungen und nicht überall, wie eine 2009 von der Linksfraktion im Bundestag initiierte Anhörung ergab. Was übrigens die erste Anhörung zu diesem Thema im Bundestag überhaupt war – nach über 30 Jahren Frauenbewegung in der Bundesrepublik!

Aber nicht nur die regionale Erreichbarkeit von Zuflucht ist ein Problem, sondern zu wenig und nicht angemessen bezahlte Betreuung sowie zu geringe Kapazitäten und bauliche Mängel. Das ist lange bekannt, scheitert aber immer wieder am Geld oder an der Bürokratie oder beidem. Umso wichtiger ist es, alle finanziellen Spielräume dafür zu nutzen, die sich bieten. Deshalb hat die Linksfraktion im Kreistag schon zu Beginn der Diskussion über die Verwendung

der Mittel aus dem kommunalen Sondervermögen des Bundes für den Kreis im Herbst 2025 darauf gedrungen, die dringend notwendigen Baumaßnahmen am Frauenhaus in Neuruppin endlich zu realisieren, da die Nutzung von Bundesmitteln vor wenigen Jahren bürokratisch gescheitert war. Ein gerade mit übergroßer Mehrheit im Kreistag beschlossener überfraktioneller Antrag öffnet jetzt endlich die Tür zur Verbesserung der Situation sowohl für Betroffene als auch die dort Beschäftigten, denen im Redebeitrag der Linken ausdrücklich gedankt wurde. Ein kleiner, aber wichtiger Sieg.

■ ■ Kirsten Tackmann, Mitglied der Kreistagsfraktion der Linken OPR

Eine neue Feuerwehrhauptwache wird gebraucht – doch das Geld fehlt

Mindestens 38 Millionen müsste die Fontanestadt investieren, um die geplante neue Feuerwehrhauptwache in Neuruppin zu realisieren. Woher dieses Geld kommen soll, beschäftigt zunehmend die Kommunalpolitik.

Unstrittig ist, dass dringend gebaut werden muss, um dem Platzbedarf gerecht zu werden und den Anforderungen des Gefahrenabwehrbedarfsplanes zu entsprechen. Die Haushalts-situation weist jedoch Millionenlücken in der mittelfristigen Finanzplanung auf, die nur mit dem Griff in die Rücklage ausgeglichen werden können. Und die Rücklage wird dafür nahezu aufgebraucht. Andere Investitionsvorhaben, wie das Kulturhaus Stadtgarten, das Jahnbad, die Sanierung von Straßen

und Klimaanpassungsmaßnahmen an Schulen und Kitas drohen unter die Räder zu kommen.

Im September, nach der Sommerpause, starten die Haushaltsberatungen für 2027. Dazu wurden schon jetzt eine Reihe von Anträgen eingebracht. Die AfD will gar die Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zum Neubau der Feuerwehrhauptwache, ohne zu sagen, wie es weitergehen könnte. Ein interfraktioneller Antrag von Die Linke, CDU, SPD und Grüne will eine kritische Überprüfung der bisherigen Planungen zum Neubau und die Konzentration auf das absolut Notwendige, um Einsparungen zu erzielen. Darüber hinaus soll die Personalausstattung der Stadtverwaltung extern begutachtet



werden, um steigende Personalausgaben zu reduzieren, damit das strukturelle Defizit im Stadthaushalt nicht weiter anwächst. Ein ausgeglichener Haushalt ist eine Grundvoraussetzung, um überhaupt kreditfähig zu sein. Dass es ohne einen Kredit nicht möglich sein wird, das größte

Investitionsvorhaben zu realisieren, ist in der Zwischenzeit jedem klar geworden.

Spannende Debatten werden also die Haushaltsdiskussion begleiten.

■ Jenny Salzwedel und Ronny Kretschmer

Kreishaushalt der Prignitz am Limit



Die letzte Sitzung des Kreistages Prignitz stand im Fokus der angespannten Finanzsituation des Landkreises Prignitz. Unstrittig ist, dass zur Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Landkreises weitere konsolidierende Maßnahmen erforderlich sind. Völlig klar ist aber auch, dass alle kreislichen Konsolidierungsmaßnahmen zum Scheitern verurteilt sind, wenn sich die landes- und bundespolitische Rahmensetzung der Kommunalfinanzierung weiter negativ

verändert. Die Linke hat in der Diskussion deutlich gemacht, dass eine Erhöhung der Kreisumlage nicht in Frage kommt und dass die vom Land übertragenen Aufgaben und vom Bund veranlassten Leistungen ausfinanziert werden und dies notfalls auch juristisch eingefordert werden muss.

Mit der Einführung von Haushaltssperren, über die der Kreistag informiert wurde, ist bereits ein erster, kurzfristig wirkender Steuerungsansatz im Haushaltsvollzug umgesetzt worden.

Hier hat die Linksfraktion deutlich gemacht, dass künftig die Fachausschüsse zur Beratung hinzugezogen werden müssen und es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine pauschale Haushaltssperre das richtige Instrument ist.

Einigkeit besteht aber auch darin, dass strukturelle Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung des Haushalts notwendig sind.

Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten. Ziel ist es, frühzeitig und eigenständig geeignete Konsolidierungsmaßnahmen zu identifizieren, zu priorisieren und verbindlich festzulegen.

Ziel des freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes ist es, den Haushaltsausgleich mittel- bis langfristig wiederherzustellen, strukturelle Defizite zu identifizieren und abzubauen, Handlungsspielräume für freiwillige Aufgaben zu erhalten sowie eine transparente und politisch

abgestimmte Prioritätensetzung zu ermöglichen.

Für Die Linke ist klar: Akzeptanz wird das Haushaltssicherungskonzept aber nur erreichen, wenn es einen breit angelegten Beteiligungsprozess gibt.

Dazu ist festgelegt, dass die Fachausschüsse und der Kreisausschuss eingebunden werden und die Fraktionen Gelegenheit zur Mitwirkung und Priorisierung erhalten.

Ziel ist ein gemeinsam getragenes Konzept, das sowohl fachlich belastbar als auch politisch konsensfähig ist.

Die Verwaltung hat bereits umfassende Vorarbeiten geleistet. Das Konzept soll am 10.12.2026 im Kreistag beschlossen werden.

Die Linke wird sehr darauf achten, dass Soziales, Kultur und die sogenannten Freiwilligen Aufgaben nicht auf der Strecke bleiben und der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen.

■ Thomas Domres

Prignitz: Landrat erlässt Einstellungsstopp für die Kreisverwaltung



Der Landrat hat mit Wirkung zum 1. Juli 2026 einen Einstellungsstopp für die Kreisverwaltung des Landkreises Prignitz erlassen.

Einstellungen, Nachbesetzungen, Entfristungen, Verlängerungen befristeter Arbeitsverhältnisse, Erhöhungen der regelmäßigen Arbeitszeit, externe Stellenausschreibungen sowie vergleichbare personalwirtschaftliche Maßnahmen dürfen ab diesem Zeitpunkt nur noch erfolgen, wenn die Aufhebung des Einstellungsstopps im konkreten Einzelfall zuvor genehmigt wird.

Der Einstellungsstopp soll der Begrenzung der Personalaufwendungen und der Unterstützung der Haushaltskonsolidierung des Landkreises Prignitz dienen. Ziel ist es,

zusätzliche oder verfestigte Personalaufwendungen vor ihrer Entstehung einer zentralen Prüfung zu unterziehen und nicht zwingend erforderliche Personalmehrungen zu vermeiden. „Die ordnungsgemäße Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben, weisungsgebundener Aufgaben und unabweisbarer Aufgaben bleibt sicherzustellen“, so der Landrat. Durch den Einstellungsstopp sollen Personalaufwendungen begrenzt und zusätzliche Belastungen des Kreishaushalts vermieden werden. Konkrete Einsparungen hängen von den im Einzelfall nicht besetzten

oder verzögert besetzten Stellen ab und werden im Rahmen des Berichtswesens dokumentiert. Hier liegt aber auch aus Sicht der Linksfraktion des Puddels Kern. Seit vielen Monaten gibt es eine große Anzahl unbesetzter Stellen und es wird immer schwerer, geeignetes Fachpersonal zu finden. Ob ein Einstellungsstopp und die damit verbundene Verunsicherung von potentiellen Interessenten und Mitarbeitenden förderlich ist, sollte intensiver diskutiert werden.

■ Thomas Domres

Landkreis OPR verhängt Haushaltssperre

Unmittelbar nach der Landratswahl hat der Landkreis Ostprignitz-Ruppin eine Haushaltssperre verhängt. Ohne dass es in den vergangenen Wochen irgendein Indiz für diese schwerwiegende Maßnahme gab. Die Kreistagsfraktion der Linken und die Bundestagsabgeordnete Christin Willnat sehen erheblichen Aufklärungsbedarf. Offensichtlich wollte der Landrat den Wahlkampf nicht mit schlechten Nachrichten belasten. Wie sonst lässt sich erklären, dass er nicht einmal die Mitglieder des Kreistages über die angespannte Finanzlage informiert hat. Nach der nun von der Kreisverwaltung vorgelegten Sperrliste werden Ausgaben von insgesamt mehr als 5 Millionen Euro gesperrt. Betroffen sind unter anderem 800.000 Euro für die Unterhaltung der Kreisstraßen, die vollständige Sperrung der Mittel für die Radwegeunterhaltung (84.000 Euro) sowie Kürzungen bei der Unterhaltung zahlreicher Schulen und öffentlicher Gebäude.

Nach Ansicht unserer Fraktion ist nicht die schwierige Haushaltslage der eigentliche Skandal. „Skandalös ist, wie mit dem Kreistag und der Öffentlichkeit umgegangen wurde. Noch in der jüngsten Kreistagssitzung wurden konkrete Nachfragen unserer Fraktion zur Haushaltsentwicklung nur sehr allgemein beantwortet. Wenige Tage später wird plötzlich eine Haushaltssperre in Millionenhöhe öffentlich gemacht. Das passt nicht zusammen. Wer den Kreistag erst nach vollendeten Tatsachen informiert, schwächt die demokratische Kontrolle.“

Die Linke hält es deshalb für notwendig, dass sich der Kreistag kurzfristig damit auseinandersetzt, wann die Notwendigkeit der Haushaltssperre bekannt war, wann der Landrat davon Kenntnis hatte und warum der Kreistag darüber nicht rechtzeitig informiert wurde. Angesichts der Dimension der Einschnitte ist eine

Sondersitzung des Kreistages geboten. In diesem Zusammenhang ist auch dringend geboten aufzuklären, wie die Lage bei der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft (ORP) ist. Dort war ursprünglich ein Jahresüberschuss von rund 264.000 Euro geplant. Nun sollen Einsparungen von rund 2,45 Millionen Euro umgesetzt werden. Welche konkreten Auswirkungen dies auf das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs haben wird, muss transparent dargestellt werden. (Diese Zahlen beziehen sich auf die ORP und nicht auf den Kreishaushalt.)

Auch Christin Willnat, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, ist besorgt: „Die Entwicklung in Ostprignitz-Ruppin steht exemplarisch für eine verfehlte Finanzpolitik von Bund und Land. Immer mehr Aufgaben werden auf die Kommunen übertragen, ohne sie ausreichend zu finanzieren.

Die Folge sind Investitionsstaus, Haushaltssperren und wachsender Druck auf die kommunale Daseinsvorsorge. Gerade deshalb braucht es eine Verwaltung, die den Kreistag als Partner versteht und nicht als Störfaktor. Wer schwierige Entscheidungen erst dann offenlegt, wenn sie nicht mehr öffentlich diskutiert werden können, beschädigt das Vertrauen in demokratische Verfahren.“ Die Linke hat sich deshalb für eine Sondersitzung des Kreistages zur aktuellen Haushaltsentwicklung, die vollständige Offenlegung der Entstehung der Haushaltssperre, einen Bericht über die konkreten Auswirkungen auf Straßen, Schulen, ÖPNV und weitere öffentliche Aufgaben, sowie eine Initiative von Bund und Land für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen stark gemacht.

■ Holger Kippenhahn

Generalverdacht bei Krankschreibungen?

Die Bundesregierung hat ein Reformpaket vorgeschlagen. Erste Kommentare.

Die Spitzen von CDU, CSU und SPD haben am 1. Juli ein Maßnahmenpaket mit 34 Punkten beschlossen. Geplant sind verschiedene Reformen in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Soziales.

Fangen wir mit der steuerlichen Entlastung bei der Einkommensteuer an. Sie soll vor allem die kleinen und mittleren Einkommen betreffen. Allerdings wird das hauptsächlich durch die Anhebung des Grundfreibetrages erfolgen, wovon wiederum alle Steuerpflichtigen profitieren. Zudem ist die Anhebung ohnehin verfassungsrechtlich vorgeschrieben und müsste rund 4 Milliarden Euro Entlastung bringen, unabhängig vom jetzigen Maßnahmenpaket.

„Die Steuerreform wird als Entlastung für die arbeiten-

de Mitte verkauft, ist aber ein Taschenspielertrick: Was die Regierung bei der Steuer zurückgibt, ist nicht viel mehr als der Ausgleich der kalten Progression und eine Anpassung an die Inflation“, erklärten die Parteivorsitzenden der Linken, Ines Schwerdtner und Luigi Pantisano, sowie die Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, Heidi Reichinnek und Sören Pellmann in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Sie kritisieren zugleich andere Teile des Reformpaketes: „Strengere Regeln bei der Krankschreibung, halbherzige Entlastungen bei der Einkommensteuer und kosmetische Korrekturen bei der Reichensteuer. Das ist kein Programm für Aufschwung und Beschäftigung, sondern ein Programm des Misstrauens und der Ignoranz.“ Die

sogenannte „Reichensteuer“ wird auch nur minimal angehoben. So soll es beim Spitzensteuersatz von 45 Prozent bei einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro jährlich wie bisher bleiben. Ab 280.000 Euro jährlich sollen künftig 47 Prozent fällig werden; die zugrunde liegenden Jahreseinkommen bei Ehepaaren verdoppeln sich. Der große Wurf ist das nicht.

Künftig soll die Krankschreibung gesetzlich wieder ab dem ersten Krankheitstag erfolgen. Das hat allerdings schon bundesweit zu einem Aufschrei geführt. Bundeskanzler Merz verwies im Gespräch mit Maybritt Illner darauf, dass man damit auf die Regelungen „vor Corona“ zurückgehe. Allerdings hatte die neue Regelung vor allem Vorteile in Bezug auf



geringere Ansteckung und Entlastung der Arztpraxen, unabhängig davon, ob man mit dem Corona-Virus oder anderen Erregern infiziert ist. „Mit der Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und der Pflicht zur Bescheinigung ab dem ersten Krankheitstag stellt die Regierung Millionen Beschäftigte unter Generalverdacht“, erklärten Schwerdtner, Pantisano, Reichinnek und Pellmann.

■ ■ bc

Eine Krankenkasse für alle

Die Linke: Beitragsbemessungsgrenze aufheben, dann leisten alle ihren Beitrag.

Am 10. Juli haben Bundestag und Bundesrat die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Einsparungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen.

Das Sparpaket sieht Ausgabenbremsen bei Praxen, Kliniken, Apotheken und in der Pharmabranche vor. Dazu kommen höhere Zuzahlungen zu Medikamenten von Versicherten und Abstriche bei der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern. Für niedergelassene Ärzte sollen bestimmte Zusatzvergütungen abgeschafft werden, etwa für offene Sprechstunden ohne Termin. Bei den Krankenhäusern sollen die Vergütungssteigerungen begrenzt werden.

Heidi Reichinnek, Bundestagsabgeordnete der Linken, hat im Parlament heftig gegen die Krankenkassenreform argumentiert. Sie erhielt Unterstützung von rund 1.000 Demonstrierenden, die vor dem Bundestag dem Aufruf der Linken zur Demo gegen die Gesundheitsreform gefolgt waren. Dennoch beschloss die Koalitionsmehrheit das Gesetz. Aufgeben will Die Linke aber noch nicht. Sie hat ein eigenes Konzept zur gesetzlichen Krankenversicherung ausgearbeitet, das dem Bundesvorstand der Linken zur Beschlussfassung vorliegt. Darin präzisiert Die Linke ihre Vorschläge der letzten Jahre für eine solidarische Gesundheitsversicherung. In diese sollen alle einzahlen, alle

Einkommensarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze.

Im Bundestag erklärte Heidi Reichinnek in Richtung Bundesregierung: „Sie wollen stabile Beiträge?“ Ich sage Ihnen, wie Sie die sogar senken können: Mit einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, ohne Beitragsbemessungsgrenze.“

Die Beitragsbemessungsgrenze regelt, bis zu welchem Einkommen Krankenkassenbeiträge bezahlt werden müssen. Aktuell liegt sie bei 5.812,50 Euro monatlich. Wer mehr verdient, kann in die private Krankenversicherung wechseln. Oder er zahlt für den darüber liegenden Teil des Einkommens keine Beiträge mehr in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Linke will diese Regelung streichen, damit Menschen mit höherem Einkommen prozentual genauso viel zur Versicherung beitragen wie Menschen mit niedrigeren Einkommen. „Damit könnte nicht nur die Versorgung verbessert werden, sondern für die große Mehrheit der Versicherten die Beiträge sogar sinken.“ so Heidi Reichinnek in einer Presseerklärung. „Wir als Linke werden gemeinsam mit den Beschäftigten im Gesundheitssystem, den Versicherten und den Patient:innen weiter Widerstand organisieren. Es geht hier um nicht weniger als den heftigsten Einschnitt in unsere Gesundheitsversorgung seit Jahrzehnten.“

■ ■ bc

Wahlkampfhilfe gesucht

In Sachsen-Anhalt könnte die AfD die absolute Mehrheit bekommen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die AfD in den Umfragen stärkste Kraft.

Die Linke will alles dafür tun, dass die AfD um keinen Preis an die Macht kommt. Denn sonst hat sie die Macht über Schulen, die Polizei, unser

Gesundheitssystem – über unser ganzes Leben.

Mit den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt besteht die Gefahr für Richtungsentscheidungen für unser gesamtes Land. Deshalb bitten die Landesverbände um Unterstützung. An drei Aktionswochenenden, an denen Genoss*innen aus dem

ganzen Land zusammenkommen, sollen Tausende Gespräche geführt werden.

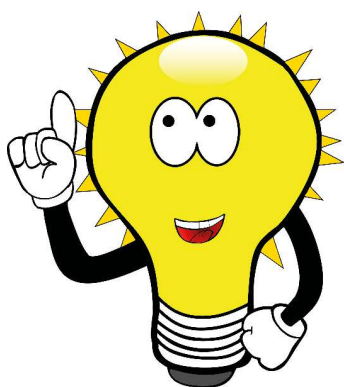
Wer dabei sein will, ist herzlich willkommen, vom :

7.–11.8. in Halle

14.–17.8. in Magdeburg und

27.–30.8. in Greifswald.

■ ■ red.



Spotlight von CORRECTIV

Spotlight heißt der kostenlose tägliche Nachrichten-Newsletter

Medien, die schlau machen

der CORRECTIV-Redaktion. Es gibt Hintergrundinformationen zu einem ‚Thema des Tages‘ z.B. zur VW-Krise, AfD-Verbotsinitiativen, Debatte um Gewalt in Schwimmbädern... Außerdem die Rubrik „Der Tag auf einen Blick“ mit aktuellen Berichten. Die neuesten Recherchen der Redaktion werden vorgestellt und es gibt einen Faktencheck zu im Netz kursierenden Fake News. Allgemein bekannt wurde CORRECTIV 2024 durch die

Recherche ‚Geheimplan gegen Deutschland‘ über das Treffen extrem rechter Politiker in Potsdam. CORRECTIV ist eine gemeinnützige Organisation und finanziert sich durch private Spenden, Stiftungsgelder und Projektförderung.

Den Newsletter kann man hier abonnieren: <https://correctiv.org/newsletter/>

■ ■ red.

Kurz & knapp

Vom 1. August bis zum 1. September können alle Neuruppiner ab 12 Jahren über 24 Projektvorschläge für den Bürgerhaushalt 2027 der Stadt abstimmen. Jeder hat die Möglichkeit, bis zu drei Stimmen abzugeben – entweder für ein Projekt oder verteilt auf mehrere.

Die Vorschläge umfassen 7 Kategorien:

- Bäume, Gärten und Parks
- Stadtmöbel

- Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit
- Kultur, Kunst und Tourismus
- Sicherheit, Ordnung und Mobilität
- Stadt feste
- Sport und Sportanlagen.

Abstimmen kann man auf drei Wegen:

Online unter <https://neuruppin.de/verwaltung-politik/buergerhaushalt>, im Bürgerbüro zu den Öffnungszeiten oder vor Ort auf dem Schulplatz in

Neuruppin am 18. und 27. August von 9–14 Uhr.

.....

Thomas Kresse bleibt Amtsdirektor im Amt Temnitz – einstimmig wiedergewählt für acht weitere Jahre. Als erster Amtsdirektor im Amt Temnitz bekommt er eine zweite Amtszeit. Er sieht das Amt gut aufgestellt – trotz sinkender Einnahmen und anderer Unwägbarkeiten.

■ ■ red.

Nächste PRÜF-Demo

Das zentrale Ziel dieser Demonstrationen (PRÜF: „Prüfung Rettet Übrigens Freiheit!“) ist es, zu fordern, dass alle politischen Parteien, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem oder als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft werden, durch das Bundesverfassungsgericht auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft werden.

Die Demonstranten fordern den Bundesrat auf, einen entsprechenden Prüfungsantrag bei Gericht einzureichen. Die Initiative organisiert regelmäßige Kundgebungen, die meistens am zweiten Samstag eines Monats in vielen deutschen Landeshauptstädten stattfinden. Neben den Demonstrationen auf der Straße sammelt die Initiative

Spenden und Unterschriften für Online-Petitionen.

Nächste PRÜF-Demo am

08. August 2026, 14:00 Uhr, Alter Markt, Potsdam

(Weitere Termine: | 12. September 2026 | 10. Oktober 2026 | 14. November 2026 | 12. Dezember 2026

■ ■ Gerlinde Krahmert

Termine

13.08. und 10.09. // 19 Uhr

Beratung des Regionalverbandes der Linken Rheinsberg-Lindow

Fachgeschäft für Demokratie, Rheinsberg, Schlossstraße 20

.....

26.08. // 18 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes Die Linke OPR

Schinkelstr. 13, Neuruppin

.....

28.-30.08. // Bildungs- und

Vernetzungswochenende für

Kommunalpolitiker:innen,

Bildungs- und Begegnungszentrum Schloss Trebnitz (MOL)

(<https://kf-brandenburg.de/termine/kommunalpolitisches-bildungs-und-vernetzungswochenende>)

.....

30.08. // 14–18 Uhr

Fest der Vielfalt

16909 Wittstock, Marktplatz

.....

12.09. // 13.30–17 Uhr

Kinder- und Familienfest der Linken OPR

Krümelkiste Neuruppin

.....

Jeden 2. Dienstag //

16–18 Uhr, Schinkelstr. 13,

Neuruppin

.....

Beratung zu Fragen zur

Rentenversicherung durch

den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Dröbler

Termine unter:

0151/27551564

.....

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium

von Die Linke OPR und PR,

Herausgegeben von Die Linke OPR

Kreisvorstand: Schinkelstr. 13,

16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de

und Die Linke Prignitz Kreisvorstand:

Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg

vorstand@dielinke-prignitz.de

V.i.S.d.P.: Ronny Kretschmer und

Thomas Domres

www.dielinke-opr.de

www.dielinke-prignitz.de

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller,

Gerlinde Krahmert, Julia Köppe,

Ronny Kretschmer

Satz und Layout: Jürgen Schubert

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben die Meinung der Autor:innen,

nicht unbedingt die von Redaktion und

Herausgeberin, wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die

Zusendung von Artikeln, Bildern

und Informationen.

redaktionml@dielinke-opr.de

Spendenkonto für Druckkosten:

DE47 1606 1938 0001 6323 61

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG